

I. Anmeldung

TOP: 7.0

Jugendhilfeausschuss Sitzungsdatum 22.02.2018 öffentlich

Betreff:

**Bündnis für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Nürnberg
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.06.2016**

Anlagen:

- 7.1 Sachverhaltsdarstellung
- 7.2 Diversity-Check

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Gesundheitsaus- schuss	07.12.2017	☒	☐	☐	☐
Schulausschuss	15.12.2017	☒	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Über das Bündnis für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen soll nach dem Gesundheits- und Schulausschuss auch im JHA berichtet werden.

2017 fanden vier Treffen des Bündnisses statt. Als langfristige Ziele wurden formuliert: Bedarfe in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen eruieren, Lösungsmöglichkeiten suchen, Kooperationen/Vernetzung verbessern, Öffentlichkeits-/Antistigmaarbeit (siehe Sachverhaltsdarstellung). Frau Dagmar Brüggen, Psychiatriekoordinatorin der Stadt Nürnberg und Herr Prof. Dr. Braun-Scharm, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Psychotherapie des Klinikums Nürnberg, stehen in der Sitzung für weitere Informationen und Nachfragen zur Verfügung.

Auch IPSN begrüßt die im Bericht beschriebene mögliche Agenda des Bündnisses und die beschriebenen Aktivitäten und ist jederzeit bereit, bei Themen, die mehr das schulische Setting betreffen, mitzuarbeiten. Dabei sind als Ansprechpartner verschiedene Akteure mit Zuständigkeiten in staatlichen wie kommunalen Schulen zu nennen: Staatliche Schulberatungsstelle für Mfr., IPSN/SP, JaS. Insbesondere ist als Kooperationsbereich das Thema Prävention zu nennen, wo es bereits diverse anlass- und projektbezogene Vernetzungen und Kooperationen gibt.

In der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 07.12.2017 wurde fraktionsübergreifend die Wichtigkeit betont, über das Bündnis Verbesserungen in verschiedenen Problemfeldern dieses Handlungsfelds zu initiieren. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der dafür notwendige koordinative Aufwand angemessene personelle Ressourcen erfordert.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik:
 Leitlinie 1: Familie stärken, Erziehung unterstützen
 Leitlinie 2: Bildung fördern, früh beginnen
 Leitlinie 3: Rechte von Kinder und Jugendlichen durchsetzen
 Leitlinie 5: Armut bekämpfen, Chancen eröffnen

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
 entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

☒ Nein (→ weiter bei 2.)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)
☐ Ja
☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☐ Nein
☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
siehe Diversity-Check in der Anlage

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- ☒ **Kh**
- ☒ **Ref.V**
- ☒ **3. BM**

II. Herrn OBM

III. Ref. III

Nürnberg, 25.01.2018
Dr. Peter Pluschke

(5900)